

# Einführung

Das Wohlergehen des Menschen, die gesellschaftliche Stabilität und das Funktionieren der staatlichen Ordnung hängt wesentlich auch davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürger in verlässlicher Weise ihre existentiellen Grundbedürfnisse decken können. Unterschiedliche Lebensverhältnisse wie der Verlust materieller Ressourcen oder der Eintritt bestimmter Risiken wie Krankheit oder Behinderung erfordern Mittel, die dem Einzelnen häufig nicht zur Verfügung stehen. Sie aufzubringen und einzusetzen ist in der Bundesrepublik Deutschland Aufgabe der Sozialleistungen.

Die klassischen deutschen Sozialleistungen sind nach dem Versicherungsprinzip aufgebaut. Voraussetzung der Leistung ist neben dem notwendigerweise definierten leistungsauslösenden Ereignis wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall, eine bestimmte Altersstufe, Pflegebedürftigkeit usw. die vorangegangene Mitgliedschaft und die Entrichtung von Beiträgen. Andere Sozialleistungen wie z.B. nach dem Versorgungs- und Entschädigungsrecht oder dem WoGG und BAFöG gründen sich auf eine besondere Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft für bestimmte Lebensverhältnisse oder bestimmte Ziele. Allen diesen Sozialleistungen ist gemeinsam, dass sie je nach politischer Entscheidung umfassend ausgestaltet, im Ansatz aber selektiv sind. Es gibt – auch auf Grund gesellschaftlicher Entwicklungen – immer einzelne Lebensverhältnisse und einzelne Biografien von Menschen, die zur Folge haben, dass existentielle Grundbedürfnisse mangels vorgegebener Leistungsvoraussetzungen nicht durch die genannten Sozialleistungen abgesichert werden. Dies in einem engen Rahmen dennoch zu tun ist Aufgabe der staatlich gewährleisteten Sozialhilfe (SH). In diesem Sinne ist die SH das ergänzende, „unterste soziale Netz“ in Deutschland, das letztendlich für die Verlässlichkeit einer sozialen Sicherung bürgt.

Der Kernbereich des Rechts der SH ist im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) geregelt. Es wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zum 1. Januar 2005 durch das neue Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (SGB XII) abgelöst. Auslöser dieser Neuordnung war auch die überfällige Einordnung des SHRechts in das SGB, die mit einer Reihe von Neuregelungen verbunden wurde. Grundgedanke war jedoch nicht eine möglichst weitgehende Neukodifizierung, sondern die Notwendigkeit inhaltlicher Weiterentwicklungen im Rahmen einer neuen, insbesondere dem SGB angepassten Gesetzessystematik und Begrifflichkeit. Die Aufgabenstellung und die generellen Prinzipien und Strukturen der SH sind geblieben.

## I. Entstehungsgeschichte des Bundessozialhilfegesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. I S. 1) stellte mit der Sozialstaatserklärung in Artikel 20 Abs. 1 dem Gesetzgeber die Aufgabe, im Rahmen einer umfassenden Sozialreform die staatliche

## A · Einführung

Daseinsvorsorge entsprechend den veränderten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnissen auf eine neue Grundlage zu stellen. Das Grundgesetz verdeutlicht mit seinem Grundrechtskatalog den bedeutsamen Wandel in unserer Staatsauffassung. Insbesondere aus der überragenden Bedeutung der Menschenwürde in Artikel 1 GG folgte ein Wandel der Aufgabe der Fürsorge: War es bisher die aus der früheren Armenpflege entwickelte Gewährung des notwendigen Lebensunterhalts, so hatte jetzt in den Vordergrund zu rücken, die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Industriegesellschaft mit einer überwiegenden Zahl unselbstständig Berufstätiger, mit der vorwiegend sich selbst überlassenen Kleinfamilie sowie einer zunehmenden Zahl alter Menschen brachte in der Tat neue Notstände, die nicht allein finanzieller Art waren.

Zudem war längst erforderlich, verstreut geregelte Leistungen etwa im KörperbehindertenG und im TuberkulosenG sowie Hilfen in anderen besonderen Lebenslagen in einem umfassenden neuen Fürsorgerecht zusammenzufassen und weiterzuentwickeln, um beispielsweise behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Das frühere Fürsorgerecht auf der Grundlage der Verordnung über die Fürsorgepflicht (Reichsfürsorgepflichtverordnung) vom 13.2.1924 und der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4.12.1924 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.8.1931 reichte in Anbetracht dieser gewandelten Aufgaben und neuer Erkenntnisse schon lange nicht mehr aus.

Der beim damaligen Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in den 50er Jahren gebildete Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen sprach sich dafür aus, daß bei der **Sozialreform** auch weiterhin zwischen den Aufgaben der **Sozialversicherung**, der **Versorgung** und der **Fürsorge** unterschieden werden sollte.

Im Januar 1957 ersuchte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung, im Rahmen der Sozialreform auch einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Fürsorgerechts vorzulegen.

Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) hat sodann eine intensive Vorbereitung erfahren. So wurde insbesondere in den Fachausschüssen der kommunalen Spitzenverbände, des Städtetages und Landkreistages, bereits im Jahre 1957 die Frage der Neugestaltung des Fürsorgerechts eingehend erörtert. Im Juli 1958 stellte das damals federführende Bundesministerium des Innern den ersten Referentenentwurf allen fachlich beteiligten Stellen zur Verfügung, die hierdurch Gelegenheit erhielten, in ausreichendem Maße ihre Anregungen zu geben und aus der Praxis Bedenken geltend zu machen.

Das BSHG vom 30.6.1961 (BGBl. I S. 815) ist am 1.6.1962 in Kraft getreten. Seine tragenden Grundsätze waren ausweislich seiner Begründung (BT-Drucks. 3/1799):

1. entscheidende Orientierung an der Würde des Menschen gemäß Art. 1 GG,
2. zusammenfassende und vereinheitlichende Neuordnung mit evolutionärem Charakter auf der Grundlage der bisher erprobten und weitgehend bewährten Fürsorgeleistungen,
3. Nachrang der Hilfen gegenüber Einkommen und Vermögen sowie Leistungen Dritter,
4. Prinzip der Individualisierung der Hilfe,

5. Rechtsanspruch auf Pflichtleistungen dem Grunde nach und pflichtgemäßes Ermessen über Form und Maß der Hilfe,
6. Hilfe zur Selbsthilfe und dementsprechende Verpflichtung des Hilfeempfängers, nach seinen Kräften zur Überwindung der Notlagen oder zur Erreichung des Hilfezieles beizutragen,
7. besondere Bedeutung des persönlichen Charakters der Hilfe einschließlich besonderer persönlicher Hilfen wie Beratung und Betreuung,
8. familiengerechtes Gewähren von Sozialhilfe.

Der Gesetzgeber ist dabei allerdings ausdrücklich davon ausgegangen, daß eine Weiterentwicklung der Sozialhilfe notwendig sein wird, weil wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten sich ändern und Notlagen neu erkennbar werden oder auftreten.

## II. Entwicklung der Sozialhilfe

### 1. Weiterentwicklung des Sozialhilferechts

In der Weiterentwicklung des Sozialhilferechts sind deutlich vier Abschnitte erkennbar:

Der **erste Abschnitt** etwa bis Mitte der 70er Jahre war von dem Bemühen geprägt, Leistungsverbesserungen zu erreichen, z.B. bei den Mehrbedarfszuschlägen, der Blindenhilfe, der Übernahme von Mietschulden, im Bereich der Einkommensberechnung, bei der häuslichen Pflege, der Hilfe in besonderen sozialen Schwierigkeiten und insbesondere bei der Eingliederungshilfe. Der diese Richtung fortführende Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des BSHG scheiterte 1980.

Der **zweite Abschnitt** brachte mit dem SGB I (Erstes Buch Sozialgesetzbuch vom 11.12.1975, BGBl. I S. 3015) und dem SGB X (Zehntes Buch Sozialgesetzbuch Erstes und Zweites Kapitel vom 18.8.1980, BGBl. I S. 1469, und Drittes Kapitel vom 4.11.1982, BGBl. I S. 1450) vor allem eine Vereinheitlichung des Verfahrensrechts und umfassende Regelungen z.B. über den Sozialdatenschutz, Rücknahme und Widerruf des Verwaltungsaktes und zur Kostenerstattung zwischen Sozialleistungsträgern. SGB I und SGB X finden auch beim Vollzug des BSHG Anwendung; allerdings haben abweichende Regelungen in den besonderen Teilen des SGB, zu denen auch das BSHG zählte, Vorrang, soweit § 37 SGB I nichts anderes bestimmt.

Der **dritte Abschnitt**, etwa 1982 bis 1987, wurde einerseits durch die Notwendigkeit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bestimmt. Insbesondere die Haushaltsgesetzgebung für 1982 bis 1984 enthielt neben einer vorübergehenden „Deckelung“ der Regelsätze u.a. eine Erleichterung für die Darlehensvergabe, eine erweiterte Einbeziehung von Einkommen, die Reduzierung einiger Mehrbedarfszuschläge, die Streichung der Ausbildungshilfe, eine Eingrenzung der Leistungen an Asylbewerber, eine Kostendämpfung bei Einrichtungen. In den Folgejahren konnten zwar die Regelsatzanhebungen nachgeholt werden, es blieb aber bis Anfang der 90er Jahre bei punktuellen Rechtsänderungen und dem Bemühen, den Standard der Sozialhilfe zu bewahren

## A · Einführung

Andererseits wurden für einzelne Gruppen von SH-Empfängern Leistungsverbesserungen verankert. Innerhalb des BSHG waren es insbesondere 1985 die Verbesserung von Mehrbedarfszuschlägen und 1986 die Nichtanrechnung von Entschädigungsrenten nach dem BEG. Außerhalb des BSHG, aber mit ebenso deutlichen Auswirkungen auf die SH, wurden 1984 Leistungen nach dem Gesetz über die Stiftung ‚Mutter und Kind‘, 1985 Leistungen nach dem BErzGG und 1987 Leistungen nach dem KindererziehungsleistungsG von der Anrechnung als Einkommen in der SH frei gestellt. Gemeinsam war diesen Regelungen die Abkehr vom Bedarfsdeckungsprinzip und eine punktuelle Rückorientierung zur Gruppenfürsorge, der das BSHG ursprünglich den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Menschen in einer Notlage unter dem entscheidenden Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung entgegengesetzt hatte.

Ein **Zwischenschritt** erfolgte 1989 durch die nach langen und strittigen Verhandlungen getroffene Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz, das Bemessungssystem für die Regelsätze der HLU vom bisherigen Warenkorbmodell auf ein Statistikmodell umzustellen. Es wurden nun nicht mehr die Waren zusammengestellt (Warenkorb) und preislich bewertet, die zur Deckung des Regelsatzbedarfs erforderlich waren. Dieses Verfahren war zuletzt Anfang der 70er Jahre durchgeführt worden; seitdem konnte kein Konsens mehr zwischen den Beteiligten gefunden werden, so dass lediglich – zum Teil gesetzlich gedeckelte – Fortschreibungen erfolgt waren. Das Statistikmodell sah demgegenüber vor, die Regelsätze auf der Grundlage der statistischen Ergebnisse der alle fünf Jahre erhobenen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durch die tatsächlichen Verbrauchsausgaben bestimmter Einkommensgruppen für die regelsatzrelevanten Ausgabenpositionen zu bestimmen. Dieses neue Bemessungssystem führte 1990 bis 1992 in drei Stufen zu einer Anhebung der Regelsätze um ca. 9 %.

Die Schwerpunkte des **vierten Abschnitts** lagen 1992 bis 1996. Ausgangspunkt waren die stark gestiegenen Empfängerzahlen und die noch deutlicheren Kostensteigerungen. Dafür waren vor allem folgende Gründe ausschlaggebend: die hohe und ständig wachsende Zahl der Arbeitslosen, sich ändernde Familienstrukturen mit u.a. zunehmend vielen Haushalten von Alleinerziehenden, erhöhte Zuströme von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen, eine Verfestigung von Versorgungsmentalität, Einschränkungen bei vorrangigen Sozialleistungsbereichen. Dies führte 1993 mit dem FKPG und dem 2. SKWPG sowie 1996 mit dem Reformgesetz zum BSHG zu einem Konglomerat von Maßnahmen:

- einerseits zu aktuell wirksamen Sparmaßnahmen wie die jeweils befristeten Deckelungen bei den Regelsätzen und bei den Leistungen für stationäre Unterbringung, die jedoch durch gesetzliche Festlegung eines weiterentwickelten Statistikmodells für die Festsetzung der Regelsätze und durch ein differenziertes Entgeltsystem für die Bezahlung stationärer Unterbringung in Strukturänderungen münden sollten,
- weiterhin durch Strukturmaßnahmen, in deren Mittelpunkt stand, durch verbesserte Beratung und Unterstützung und neue Formen der Hilfe zur Arbeit die Überwindung von SH-Bedürftigkeit durch Maßnahmen der SH selbst zu einem zentralen Anliegen der Leistung zu machen,

- schließlich Neuregelungen mit dem Ziel, Wohnungslosigkeit zu vermeiden, die Situation behinderter Menschen in WfBs zu verbessern, Vorschüsse für andere Sozialleistungen abzubauen, Leistungsmisbrauch zu verhindern, die Auskunftsspflichten zu erweitern, die Mitarbeiter der Sozialämter intensiver fortzubilden, die Verwaltung zu vereinfachen und durch eine neue SH-Statistik die Datenbasis für eine genauere Analyse der Entwicklungen und für gesetzliche Steuerungsmöglichkeiten zu schaffen.

Gleichzeitig wurden 1993 die Leistungen für Asylbewerber und für Ausländer ohne verfestigten Aufenthalt aus dem BSHG herausgelöst, abgesenkt und vereinfacht im AsylbLG neu geregelt. 1995/96 erfolgte durch das SGB XI (Pflegeversicherung) in zwei Stufen die versicherungsrechtliche Deckung eines großen Teils der bisherigen Hilfe zur Pflege im BSHG. Beide neuen Gesetze entlasteten die SH deutlich.

Nach diesen umfangreichen Änderungen ist es als **erneuter Zwischenschritt** anzusehen, dass 2001 mit dem neuen SGB IX ein zusammen gefasstes Rehabilitationsrecht und im gleichen Jahr mit dem GSIG für Menschen ab 65 Jahre und für auf Dauer voll erwerbsgeminderten Menschen außerhalb der SH ein neues Recht geschaffen wurde, das Unterhaltspflichtige entlastet und stärker pauschal und vereinfacht ausgestaltet ist. Ergänzt wurde dieser Zwischenschritt 2003 durch das GMG, das die Zuzahlungen und andere die GKV ergänzende Leistungen der Krankenhilfe in die Regelsatzleistung der HLU umgliederte und gleichzeitig die GKV-Leistungen für die meisten nichtversicherten HLU-Empfänger mitgliedergleich auf die gesetzliche Krankenversicherung gegen Kostenerstattung durch die Träger der SH übertrug.

## 2. Gesetzesänderungen

### 2.1 Änderungen des BSHG

1. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vom 11.8.1961, BGBl. I S. 1193: §§ 26, 72, 153
2. Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 30.4.1963, BGBl. I S. 241: § 138
3. Gesetz über das Zivilschutzkorps vom 12.8.1965, BGBl. I S. 782: §§ 127, 135
4. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des BSHG vom 31.8.1965, BGBl. I S. 1027: §§ 23, 24, 67, 81, 82
5. Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2 BvF 3/62 u.a. vom 18.7.1967, BGBl. I S. 896: § 73 Abs. 2 und 3 sowie § 96 Abs. 1 Satz 2 nichtig
6. Finanzänderungsgesetz 1967 vom 21.12.1967, BGBl. I S. 1259: §§ 66, 138
7. Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968, BGBl. I S. 503: § 116
8. Zweites Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 14.8.1969, BGBl. I S. 1153: §§ 11, 13, 15a, 18, 23–25, 27, 29, 29a, 32, 33, 37–41, 43, 50, 51, 56, 57, 59, 67, 69, 72–76, 79–82, 88, 90–92c, 96, 98, 100, 103, 105, 106, 108, 109, 111, 119, 120, 123–127
9. Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2.3.1974, BGBl. I S. 469: §§ 26, 131

## A · Einführung

10. Drittes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 25.3.1974, BGBl. I S. 777: §§ 13, 17, 18, 21, 22, 24, 26, 27, 31–40, 43, 46, 53, 65, 67, 69, 72, 75, 77, 79, 81, 82, 84, 85, 88, 90–92c, 97, 98, 100, 111, 120, 125, 127, 129, 147
11. Gesetz zur Weiterentwicklung des Schwerbehindertenrechts vom 24.4.1974, BGBl. I S. 981: § 40
12. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1 BvF 6/72 vom 7.5.1974, BGBl. I S. 1509: § 24 Abs. 1 Satz 1 a.F. teilweise mit Art. 3 GG unvereinbar (s. Nr. 10)
13. Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7.8.1974, BGBl. I S. 1881: § 123
14. Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15.8.1974, BGBl. I S. 1942: § 131
15. Gesetz zur Änderung des Gerichtskostengesetzes, des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher, der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und andere Vorschriften vom 20.8.1975, BGBl. I S. 2189, 2242: § 118
16. Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz vom 28.8.1975, BGBl. I S. 2289, 2291: §§ 27, 37–37b
17. Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (SGB I) vom 11.12.1975, BGBl. I S. 3015: §§ 8, 45, 64, 72, 94, 115, 136
18. Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 18.12.1975, BGBl. I S. 3091: §§ 31–35, 100
19. Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren – (SGB X) vom 18.8.1980, BGBl. I S. 1469, 1499: §§ 117, 118
20. Zweites Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 22.12.1981, BGBl. I S. 1523, 1533: §§ 15b, 18, 21, 22, 23, 26, 27, 31–37, 38, 41, 42, 43, 49, 51–55, 65, 66, 67, 69, 79, 81, 86, 88, 90, 98, 120, 127, 147a
21. Sozialgesetzbuch – Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihrer Beziehungen zu Dritten – (SGB X/Kap. 3) vom 4.11.1982, BGBl. I S. 1450, 1462: §§ 11, 21, 24, 29, 43, 58, 59, 67, 69, 90, 91, 91a, 93, 97, 98, 103, 109, 111, 113, 119, 123, 126c, 127, 147a
22. Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushaltes (Haushaltsbegleitgesetz 1983) vom 20.12.1982, BGBl. I S. 1857, 1883: §§ 22, 67, 69
23. Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Entwicklung in der Rentenversicherung sowie über die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984) vom 22.12.1983, BGBl. I S. 1532, 1563: §§ 3, 3a, 22, 48, 79, 85, 91a, 92c, 93, 100, 103, 120, 127
24. Viertes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 21.6.1985, BGBl. I S. 1081: §§ 22, 23, 79, 81, 82
25. Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 28.10.1986, BGBl. I S. 1657: § 76
26. Zweites Rechtsbereinigungsgesetz vom 16.12.1986, BGBl. I S. 2441, 2447: §§ 6, 27, 37, 48–66, 81, 90, 92c, 95, 100, 108, 116, 120, 127–137, 141–143, 147a

27. Gesundheits-Reformgesetz vom 20.12.1988, BGBl. I S. 2477, 2587: §§ 13, 36, 38, 69
28. Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992) vom 18.12.1989, BGBl. I S. 2261, 2386: §§ 67, 69, 82
29. Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 26.6.1990, BGBl. I S. 1163: § 104
30. Drittes Rechtsbereinigungsgesetz vom 28.6.1990, BGBl. I S. 1221, 1227: §§ 69, 82, 116
31. Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts vom 9.7.1990, BGBl. I S. 1354, 1385: § 120
32. Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) vom 12.9.1990, BGBl. I S. 2002, 2019: §§ 25, 124
33. Sechstes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 10.12.1990, BGBl. I S. 2644: §§ 67, 69, 88
34. Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz) vom 25.7.1991, BGBl. I S. 1606, 1702: § 82
35. Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes und anderer Gesetze vom 7.7.1992, BGBl. I S. 1225: § 69
36. Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz) vom 27.7.1992, BGBl. I S. 1398, 1401: §§ 23, 91
37. Erstes Gesetz zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch vom 16.2.1993, BGBl. I S. 239, 252: § 72
38. Fünfte Zuständigkeitsanpassungs-Verordnung vom 26.2.1993, BGBl. I S. 278, 281: §§ 22, 72, 88, 120, 125, 147
39. Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2 BvF 2/90 u.a. vom 28.5.1993, BGBl. I S. 820: Anordnung zur vorläufigen erweiterten Anwendung des § 37a ab 16.6.1993 auf rechtswidrige, jedoch straffreie Abbrüche
40. Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG) vom 23.6.1993, BGBl. I S. 944, 950: §§ 15b, 17–25a, 27, 29a, 67, 69, 76, 81, 91, 93, 95, 97, 98, 103, 105–113a, 117, 119, 127–134, 147, 147b
41. Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber vom 30.6.1993, BGBl. I S. 1074, 1077: § 120
42. Zweites Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms (2. SKWPG) vom 21.12.1993, BGBl. I S. 2374: §§ 3, 15a, 18, 22, 23, 37a, 92a, 92c, 93, 94, 104, 108, 113a, 119, 122a
43. Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (PflegeVG) vom 26.5.1994, BGBl. I S. 1014: §§ 27, 38, 68–69c, 70, 81, 93
44. Gesetz zur Reform der agrarsozialen Sicherung (ASRG 1995) vom 29.7.1994, BGBl. I S. 1890: § 88
45. Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (SFHÄndG) vom 21.8.1995, BGBl. I S. 1050: § 37a
46. Erstes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (1. SGB XI – ÄndG) vom 14.6.1996, BGBl. I S. 830: §§ 68, 69, 69a, 69c

## A · Einführung

47. Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (18. BAFöG-ÄndG) vom 17. Juli 1996, BGBl. I S. 1006: § 26
48. Gesetz zur Reform des Sozialhilferechts vom 23. Juli 1996, BGBl. I S. 1088: §§ 3, 3a, 5, 11, 12, 13, 15a, 17, 18, 22, 23, 25, 26, 28, 40, 41, 44, 67, 69b, 70, 72, 76, 79, 81, 85, 88, 90, 91, 93–93d, 94, 102, 111, 113a, 116, 117, 125, 143, 152 sowie Änderung der Verordnungen zu § 22, zu § 47 und zu § 88 Abs. 2 Nr. 8.
49. Gesetz zur Änderung von § 152 des Bundessozialhilfegesetzes vom 20. Dezember 1996, BGBl. I S. 2083: § 152
50. Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung (AFRG) vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594: §§ 18, 25, 26, 128
51. Erstes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 16. Dezember 1997, BGBl. I S. 2970: §§ 26, 117
52. Erstes Gesetz zur Änderung des Medizinproduktegesetzes vom 6. August 1998, BGBl. I S. 2005: § 18
53. Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999, BGBl. I S. 388 (Art. 9): § 117
54. Siebtes Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vom 25. Juni 1999, BGBl. I S. 1442: §§ 18, 22, 41, 72, 88, 93d, 96, 101a, 117, 125
55. Viertes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch vom 21. Juli 1999, BGBl. I S. 1656: § 69a
56. Gesetz zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999, BGBl. I S. 2552 (Art. 3): § 76
57. Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes und anderer Gesetze vom 22. Dezember 1999, BGBl. I S. 2671 (Art. 2): § 22
58. Zweites Gesetz zur Erleichterung der Verwaltungsreform in den Ländern vom 3. Mai 2000, BGBl. I S. 632 (Art. 12): § 96
59. Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe vom 20. November 2000, BGBl. I S. 1590: §§ 18, 18a
60. Gesetz zur Änderung des Opferentschädigungsgesetzes und anderer Gesetze vom 6. Dezember 2000, BGBl. I S. 1676 (Art. 5): §§ 18, 117
61. Gesetz zur Einführung des Euro im Sozial- und Arbeitsrecht sowie zur Änderung anderer Gesetze vom 21. Dezember 2000, BGBl. I S. 1983 (Art. 13): §§ 67, 69a, 79, 81, 82, 92c, 111
62. Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046 (Art. 15): §§ 6, 23, 27, 36 bis 41, 46, 47, 68, 81, 85, 88, 91, 100, 120, 123 bis 126b, 128, 143
63. Gesetz zur Neugliederung, Vereinfachung und Reform des Mietrechts vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1149 (Art. 7 Abs. 5): § 15a
64. Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens vom 26. Juni 2001, BGBl. I S. 1310 (Art. 11): §§ 8, 23, 88, 117, 128, 130, 131
65. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16.8.2001 BGBl. I S. 2074: 76 Abs. 2
66. Gesetz zur Reform des Wohnungsbaurechts vom 13.9.2001 BGBl. I S. 2376: §88 Abs. 2 Nr. 7



67. Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz vom 14.12.2001 BGBl. I S. 3728: 69a Abs. 5
68. Gesetz zur Verlängerung von Übergangsregelungen im Bundessozialhilfegesetz vom 27.4.2002 BGBl. I S. 1462: 18 Abs. 5, 22 Abs. 6, 76 Abs. 2, 77 Abs. 1, 118
69. Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze vom 27.4.2002 BGBl. I S. 1467: 40 Abs. 1, 43 Abs. 2, 91 Abs. 2
70. Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 20.6.2002 BGBl. I S. 1946: 25 Abs. 2, 120 Abs. 5
71. Zweites Gesetz zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften vom 19.7.2002 BGBl. I S. 2674: 77 Abs. 2
72. Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.12.2002 – 2BvF 1/02 – BGBl. I 2003 S. 126 wonach das Zuwanderungsgesetz nichtig ist.
73. Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2002 BGBl. I S. 4621: 18 Abs. 2a
74. Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) vom 14.11.2003 BGBl. I S. 2190: 36a, 36b, 37, 38
75. Achte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 25.11.2003 BGBl. I S. 2304: 18a, 22 Abs. 5, 72 Abs. 5, 77 Abs. 1, 88 Abs. 4, 93d Abs. 1, 101a, 117 Abs. 1, 118
76. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2003 BGBl. I S. 2848: 18, 18a, 19 Abs. 4, 25 Abs. 2, 40 Abs. 1, 46 Abs. 2, 117 Abs. 1, 126
77. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 BGBl. I S. 3022 (Art. 68 Abs. 2 mit Wirkung zum 1. Januar 2004): 119, 147b
78. Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht (Verwaltungsvereinfachungsgesetz) vom 21.3.2005 BGBl. I S. 818: 100  
Nach den Maßgaben des Einigungsvertrags ist das BSHG im Beitrittsgebiet (Art. 3 des Einigungsvertrages) mit Abweichungen anzuwenden  
Die letzte Bekanntmachung der Neufassung des BSHG vom 23.3.1994, BGBl. I S. 646, enthält den Stand bis Nr. 42 oben (mit Ausnahme von Nr. 39).  
Die letzte Änderung des BSHG erfolgte mit dem Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht (Verwaltungsvereinfachungsgesetz) vom 21.3.2005 (BGBl. I S. 818)

### 2.2 Änderungen des SGB XII

1. Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950): 23

## A · Einführung

2. Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungsrügensgesetz) vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220)
3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3305): 28 Abs. 2, 35, 37 Abs. 2, 82 Abs. 3 und 4, 133a
4. Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht (Verwaltungsvereinfachungsgesetz) vom 21. März 2005 (BGBl. I S. 818): 29 Abs. 1, 40, 42, 43 Abs. 1, 45 Abs. 2, 52 Abs. 3, 94, 98, 102, 105
5. Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung (RVOrgG) vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3242): 45 Abs. 1 und 2
6. Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht (Verwaltungsvereinfachungsgesetz) vom 21. März 2005 (BGBl. I S. 818): 100
7. Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809): 118
8. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 24. März 2006 (BGBl. I S. 558): 21
9. Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20. Juli 2006 (BGBl. I S. 1706): 20, 21, 31 Abs. 1, 118 Abs. 1
10. Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407): 40, 69, 96 Abs. 2, 119, 120, 129
11. Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 2. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2670): 13 Abs. 1, 22 Abs. 1, 23 Abs. 3, 28 Abs. 2, 29 Abs. 1, 30 Abs. 1, 35, § 41 Abs. 2, 42, 77 Abs. 1, 80 Abs. 1, 82, 88 Abs. 1, 92a, 93 Abs. 1, 94 Abs. 1 und 3, 98 Abs. 5, 100, 102 Abs. 4, 105 Abs. 2, 114, 121, 122, 123 Abs. 1, 124, 125 Abs. 1, 129, 133b
12. Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378): 32
13. Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz) vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554): 19 Abs. 2, 30 Abs. 1, 41, 45 Abs. 1, 122 Abs. 1
14. Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens vom 20. Juli 2007 (BGBl. I S. 1595): 32
15. Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (22. BAföGÄndG) vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3254): § 22
16. Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874): 4, 61 Abs. 6
17. Zweites Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2933): 33, 42
18. Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz – FamLeistG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2955): 28, 28a